

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig, Raben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Druckerei: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Frangiergeld monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2. 7. 10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagespreise mit 50 Pct. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Verbandsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 298.

Dresden, Montag den 23. Dezember 1918.

29. Jahrg.

Berschiebung des Friedenskongresses.

Völkerbund oder Völkerverfeindungs? — Wilsonsche Kundgebungen. — Hindenburg bleibt.

Friedenskonferenz und internationaler Sozialistenkongress.

Das Echo de Paris will wissen, daß die Friedenskonferenz, die Mitte Januar beginnen sollte, auf Anfang Februar vertagt werde. Die Gründe sollen in der Reise Wilsons nach England und in den bevorstehenden Änderungen des englischen Kabinetts liegen, daß aber mehr als solche Neuerlichkeiten bei der Verschiebung der Friedenskonferenz wirksam sind, geht aus allem hervor, was man bisher über den Gegensatz zwischen Wilsons Friedensprogramm und dem der Weltmächte gehört hat. Nach einer Meldung aus Bern erklärt Echo de Paris, daß die französisch-englischen Politikern schon die persönliche Antipathie Wilsons an der Friedenskonferenz der Entente unerwünscht sei. Diese internationalisierte Konferenz werde deshalb immer weiter hinausgeschoben, bis der Präsident heimreisen müsse. Die Meldung fährt fort:

Wilson ist jetzt eine Woche in Paris und hat in dieser Zeit gerade eine halbe Stunde mit Clemenceau sprechen können. Seine übrige Zeit war durch Repräsentationspflichten ausgefüllt. Es ist unvorstellbar, daß namentlich in der Frage des Völkerbundes der Gegensatz zwischen dem Verbandsführer und Wilson größer wird. Dieser Gegensatz wird in der Form einer verletzlichen Fressfeinde ausgelebt. Dieser Tage hat Wilson durch seinen Sekretär erklären, daß ihm die Idee des Völkerbundes sehr am Herzen liege. Tags darauf meldeten die Pariser Zeitungen aus Washington, daß die amerikanische Meinung den Völkerbund für eine Frage zweiten Grades halte. Es ist nach dem Friedensschluß zur Behandlung käme. Ebenfalls aus Washington erfährt man, daß zwischen Vertretern des Verbandes einerseits und Hoover andererseits Differenzen über wirtschaftliche Fragen, namentlich auch über die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmitteln bestehen.

Neuerdings wird auch über eine Spannung zwischen Woodrow Wilson und Clemenceau berichtet, und es mag schon sein, daß der Hunger Frankreichs nach deutschen Kriegsgeldern größer ist, als ihn England zu stillen fähig ist. Stärker aber als alle Gegenläufe innerhalb der Verbändepolitik ist doch der gegen Wilson; er hat seinen Angelpunkt in der Frage des Völkerbundes. Wie ernst es dem amerikanischen Präsidenten damit ist, geht auch aus einer Rede hervor, die er dieser Tage gelegentlich der Berührung der Ehrenbürgerwürde in Paris hielt. Wilson erklärte dort:

Die Aufgabe der Friedensunterhändler sei sehr vereinfacht durch die Tatsache, daß sie niemandes Herrin, sondern Diener der Menschheit seien. Wenn man den Geboten der Menschlichkeit kein Gehör schenke, werde man den stärksten und wohlhabendsten moralischen Bankrott erleiden, der je in der Weltgeschichte vorgekommen sei. Wilson schloß darauf seine Auffassung vom Völkerbund an. Dieser Völkerbund müsse als eine moralische Kraft wirken, die von jedermann organisiert werde. Wo und wann es auch sei, daß Unrecht und Anrecht vorbereitet würden, da möge sich dieses durchdringende Licht des Bewußtseins auf die Pläne konzentrieren und überall sollen die Menschen fragen: Welche Pflicht liegt ihr in eurem Herzen für das Geschick der Welt?

Zum Schluß sagte Wilson, wenn die Mittelmächte gewagt hätten, nur 14 Tage ihre Ziele erklären zu lassen, so wäre dieser Krieg niemals ausgebrochen. Der amerikanische Präsident ist noch immer nicht von der Auffassung losgekommen, daß ein Kriegsausbruch nur der Mittelmächte schuld sei. Die Einfreisungspolitik der Entente, die rücksichtslose Aufstellung wehrloser Länder, die innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte von den Ententegegnern verschlungen wurden — das alles scheint dem Präsidenten leichter zu sein als die schuldbeladene deutsch-österreichische Völkerpolitik. Es ist darum überflüssig, weiter mit ihm darüber zu rechten. Dagegen wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß es ihm gelingen möge, den großen Gesichtspunkten des Völkerbundes auf der kommenden Versailler Konferenz zum Siege zu verhelfen. Sonst müßte Europa allerdings „den stärksten und wohlhabendsten moralischen Bankrott erleiden“, denn wenn sich etwa die englisch-französischen Imperialisten mit ihren Zielen durchsetzen würden, so käme statt des ersehnten Völkerbundes eine gesteigerte Völkerverfeindungs, die Europa binnen wenigen Jahrzehnten wiederum zu einem bis oben hin gefüllten Pulverfaß machen würde.

Das fühlen die Sozialisten ganz Europas, und mit der Schwere der Stunde ist in allen Ländern das Verlangen nach einem internationalen sozialistischen Kongress derart gewachsen, daß jetzt selbst die ausländischen Genossen, die während des ganzen Krieges einer internationalen Aussprache entgegenarbeiteten, an die Einberufung des Kongresses geben. Laut Stockholmer Sozialdemokraten erhielt Pranting von Sverdrup folgendes Telegramm:

Ich habe Vandervelde und Gumbmann mitgeteilt, daß die britische Partei eine internationale Konferenz in Lusanne wünscht, die etwa am 6. Januar eröffnet werden soll. Unsere Abordnung ist bereits ausgereist. Es wird zu spät für den Zusammentritt des Bureaus. Falls der Exekutivauschuss der Internationale im Verein mit den Vertretern der internationalen Generalschichtbewegung sich weigern sollte, die Kon-

ferenz einzuberufen ohne Bevollmächtigung durch das Bureau, so schlage ich vor, daß Vandervelde, Thomas, Gompers und ich selbst unter Auftrag auszuführen, der dahin geht, jene Organisationen einzuberufen, die zu der internationalisierten Sozialistenkonferenz im Februar und September 1918 eingeladen waren. Unter solchen Umständen schlage ich Ihnen vor, die Neutralen einzuberufen; die Mittelmächte sind davon unterrichtet, daß sie selbst ihre Anordnungen treffen sollen. Gumbmanns soll Sekretär sein und sofort nach Lausanne reisen.

Daß wir deutschen Sozialisten den Kongress begrüßen, braucht nicht betont zu werden. Wir sind zu jeder Stunde des Krieges bereit gewesen, unsere Genossen in den gegnerischen Ländern die Hand zur gemeinsamen Friedensaktion zu reichen, wir sind jeden Tag bereit gewesen zu einem internationalen Kongress, und die Vorarbeiten zum Stockholmer Kongress waren zum großen Teil das Werk der deutschen Sozialdemokraten. Die Ententezialisten haben unter Vermittlung andauernd bereit, sonst hätte der Friede wahrscheinlich eher und ohne das Verbluten eines der streitenden Teile kommen können. Aber es ist für uns heute nicht mehr die Stunde, mit den Ententezialisten über die ihre Schuld zu rechten und wir wollen in keinem Punkte rechtbar sein, sofern es unsere Genossen in England und Frankreich nur gelingt, das wahr zu machen, was sie den ganzen Krieg hindurch versprochen haben: ihre kapitalistisch-imperialistischen Regierungen zu einem Frieden der Mäßigung zu zwingen!

Englische Vernichtungspläne.

Das. 21. Dezember. Meldung des Holländisch-Neus-Bureaus.) Aus London wird gemeldet: Daily Express erzählt: Gestern wurden in der Versammlung des Reichsstaatskabinetts sehr wichtige Beschlüsse gefaßt. Es wurden die Bedingungen, die der Friedenskonferenz vorgezogen sind, bekräftigt. Die Politik des Kabinetts ist darauf gerichtet, am ehesten darauf zu dringen, daß die deutschen Kolonien nicht zurückgegeben werden. Ueber diese Frage war das Kabinet vollkommen einig. In Bezug auf die Frage der Entschädigungen wurde die Möglichkeit erörtert, daß vielleicht die englischen Ansprüche einige Jahre auf Erfüllung harrten müssen, so lange, bis die dringenden Bedürfnisse Frankreichs und Belgiens befriedigt sind. Die englischen Minister sind der Ansicht, daß es im Interesse Englands sein würde, wenn man Deutschland zwingen könnte, die Rohmaterialien für den Wiederaufbau der alten und zur Gründung der neuen Industrien zu liefern. Dies wird bei dem ungeheuren Reichtum Deutschlands an Mineralien möglich sein. Es wurden weitere Maßnahmen zur Vorbeugung der Ueberforderung englischer Märkte mit deutschen Waren vorgeschlagen. Man beschließt, eine scharfe Kontrolle der Einfuhr vorzunehmen.

Unerschütterlich.

† Genf, 22. Dezember. Die Action Française und die Deutsche Delegation vom 18. Dezember bekräftigen die Festhaltung Deutschlands als die einzige Garantie für die Bezahlung seiner Kriegsschuld. Das angewandte System langfristiger Amortisationen sei nicht gesichert, wenn Deutschland in einigen Jahren das Geld wieder abschütten könne. National vom 18. Dezember verlangt als Entschädigung und Teilzahlung der Schuld Deutschlands die Abtretung der Kolonialgebiete und eine internationalisierte Kontrolle der Kohlengruben und -erträge.

Englische Arbeiterproteste.

Bern, 22. Dezember. Die Freien Nachr. melden: Der englische Arbeiterkongress richtete an Wilson im Namen von fünf Millionen englischen Arbeitern ein Telegramm, worin von Wilson werden mit sofortiger Zurückziehung des Völkerbundes und der Abbrechung verlangt wird. Der Kongress verurteilte dem Präsidenten seiner tatkräftigen Unterstützung zur Verwirklichung seiner hohen Ideale.

Der überraschende Rückschlag an den Börsen aller Länder, der gewaltiger ist als alle bisherigen in der Kriegszeit, wird mit der sozialistischen Bewegung in den Orientländern in Beziehung gebracht, weil die Börsen die besten Gradmesser der Politik seien.

Frauen in die Nationalversammlung!

Die Frauen haben das Wahlrecht zur Nationalversammlung.

Von der Nationalversammlung wird entschieden werden über das Frauenwahlrecht der Zukunft. Die deutschen Frauen müssen am 19. Januar 1919 sozialistisch wählen, sonst bringen sie sich selbst um ihre Rechte.

Die Sozialdemokratie hat den Frauen das Wahlrecht gegeben; bringen die deutschen Frauen keine sozialdemokratische Mehrheit in die Nationalversammlung, dann haben

sie einmal gewählt — sie wählen vorläufig nicht wieder.

Die Herren, die den Frauen vor der Revolution keine Rechte geben wollten, werden sie ihnen sofort entziehen oder fast kürzen, wenn sie die Macht dazu bekommen. Diese Macht dürfen die Frauen ihnen nicht geben.

Die Frauen sind wählbar. Das entspricht dem Grundsatz der Demokratie. Ihre besten, bewährtesten und tätigsten Genossinnen müssen gewählt werden. Die sozialdemokratischen Frauen wollen nicht herrschen, wollen im politischen und wirtschaftlichen Leben nur neben den Männern stehen, mit ihnen beraten und beschließen. Ein Kur-Männer-Parlament ist nicht mehr denkbar, dort aus nicht mehr über die Zukunft des ganzen Volkes entscheiden. Bei der Frage des Frauenstimmrechts der Zukunft müssen Frauen direkt mitentscheiden können.

Dann werden sie zum Wohle des ganzen Volkes Gelegenheit haben, an der Erfüllung der großen Zukunftsaufgabe des Proletariats am Sozialismus, mitzuwirken.

Marie Judacz.

Französische Uebergriffe.

Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission teilt uns mit: Der Generalstab der Reichsarmee in Paris ist von den Franzosen besetzt worden. Entsprechend den Aufträgen von Warshawski hat der französische Kommandant verfügt, daß alle männlichen Personen, die nicht bereits vor dem Krieg daselbst inhaftig waren, interniert würden, wenn sie nur nicht innerhalb 48 Stunden abgereist sind. Diese Anordnung trifft eine große Zahl von Arbeitsbeamten und viele Hunderte von Arbeitern der deutschen Hauptwerkstätten, der größten für die Entente arbeitenden Lokomotivwerkstätte, die dadurch völlig lahmgelegt wird. Diese Maßnahme macht es Deutschland unmöglich, die in Trier überkommene Lieferung von Lokomotiven durchzuführen. Von der Waffenstillstandskommission in Spa ist Protest eingeleitet worden.

Der französische Kommandant von Spa hat angeordnet, daß der gesamte Verkehr zwischen dem besetzten Gebiet und der neutralen Zone, also auch zwischen Spa und Frankfurt a. M., völlig gelähmt werde. Alle externen Bässe sind für ungenüßbar erklärt. Die Eisenbahnlinien in der Gegend von Spa sind eingeleitet. Die Besatzung besteht in den Vororten von Frankfurt a. M. in der Höhe der Arbeitslosigkeit. Die französische Besatzung hat außerdem die Stellung von Weibern, die das Weibervotum der Arbeiterinnen wahrnehmen soll, angeordnet. Wegen dieser Anordnung, die zu dem Vorfall des Waffenstillstandes in Spa beitrug, ist Protest erhoben worden. Deutsche Waffenstillstandskommission.

Berlin, 22. Dezember. Schlichter v. Daniel übernahm am 21. in Spa folgende beiden Rollen: 1. Unter nochmaligem Hinweis auf die außerordentliche politische Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung bitte ich im Auftrag der deutschen Regierung, daß in die Vorbereitung der Wahlen, insbesondere also auch in die Presse- und Versammlungsfreiheit keine Eingriffe getan werden, sowie daß gestattet wird, daß die erforderliche Verichterstattung der Verwaltungsbehörden über die Wahlvorbereitungen und Vornahme der Wahlen ungehindert geschehen kann. Da die Wahlen schon im Januar stattfinden sollen, würde die deutsche Regierung für Bekräftigung der erforderlichen Anordnungen dankbar. gez. v. Daniel.

2. Es sind eine große Anzahl von Klagen über unzureichende Behandlung der aus Eisen- und Stahlindustrie entlassenen Deutschen durch die Franzosen eingegangen. Ich bitte die deutsche Regierung, diese Klagen im Hinblick auf den Schutz und menschenwürdige Behandlung dieser Leute, die wegen des Transports. gez. v. Daniel.

Der Rücktransport der Osttruppen.

Berlin, 21. Dezember. Aus der Unterbrechung unserer Nachrichten zu Polen haben sich zunächst keine Einwirkungen militärischer Lage im Osten ergeben. Der Abtransport unserer Truppen wird fortgesetzt. In der Ukraine ist die politische Macht an das Direktorium übergegangen. Die militärischen Nachmittel der Republikaner übertrafen die des Hetmanns betrieblig, daß ein Widerstand an keines Teile ausgeschlossen war. Auf Veranlassung der deutschen Militärbehörden hat das Direktorium den Anhängern des Hetmanns den Abtransport in die Heimat oder über die Grenze zugesichert. In einem amtlichen Kommando der deutschen Heeresgruppe Nord und den ukrainischen Republikanern abgeschlossenen Vertrag verpflichten sich die Republikaner, den weiteren Abtransport der deutschen Truppen weitestgehend zu unterstützen. Von der Heeresgruppe Nord sind die Landsturmbataillone 47 (Solgamin), 21 und 19 (Sowjetbrücken), 19 und 27 (Leipzig), 12, 21 und 14 (Koblenz) in Deutschland angekommen. Teile der 218. und 220. Division befinden sich zwischen Lubartz und Krab, die 89. und 103. Division mit der 7. böhmischen Kavalleriebrigade unter dem Generalkommando 63 in Siebenbürgen.

Die ersten Transporte mit deutschen Truppen aus Finnland sind an der deutschen Küste eingetroffen. Von der 8. Armee befinden sich zur Zeit die 206. Infanterie-Division im Abtransport aus der